

JA zu Frontex – JA zu Schengen am 15. Mai 2022

Kurzes Argumentarium und Einschätzung zum Referendum über den Schweizer Beitrag an die europäische Grenzschutzagentur Frontex.

Wichtigste Argumente aus Sicht der Tourismusbranche:

- Schengen sichern: Ein Nein zu Frontex löst *automatisch* den Kündigungsmechanismus (Art. 7) des Schengen-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU aus.
- Visums-Insel und Bürokratie verhindern: Ohne Schengen wird die Schweiz zur Visums-Insel. Touristen ausserhalb Europas bräuchten ein separates Visum für die Schweiz.
- Verluste abwenden: Der Tourismusbranche drohen jährliche Verluste von bis zu einer halben Milliarde Franken.

Weitere wichtige Argumente:

- Grenzkontrollen: Ohne Schengen müssten wieder ordentliche Grenzkontrollen eingeführt werden, was die Reisefreiheit beeinträchtigt und zu Zusatzkosten und Lieferengpässen führt.
- Sicherheit: Die Polizei würde den Zugang zum gemeinsamen Informationssystem (SIS) verlieren, welche zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität unerlässlich ist.
- Asylchaos: Mit Schengen würde auch das Dublin-Abkommen wegfallen, womit die Schweiz als einzige in Europa zur Zweitdestination für abgewiesenen Asylbewerber wird.

Hintergrund

Die Schweiz ist seit 2008 formell Teil des europäischen Schengen-Abkommens und dem damit verbundenen Dublin-Abkommen (Bilaterale II). Damit profitiert die Schweiz von der mittlerweile zur europäischen Normalität gewordenen Aufhebung der Grenzkontrollen, der Reisefreiheit auf dem Kontinent, dem gemeinsamen Visa-Raum sowie der Zusammenarbeit im Sicherheits- und Asylbereich. Schengen ist eine Erfolgsgeschichte für die Schweiz.

Um die Sicherheit der gemeinsamen Aussengrenze des Schengenraums zu gewährleisten, wurde die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gegründet. Im Zuge erhöhter Flüchtlingsbewegungen und zunehmender organisierter Kriminalität rüstet die EU Frontex seit einigen Jahren mit mehr Personal, Ausrüstung und finanziellen Mitteln aus. Als Schengen-Mitglied hat die Schweiz sowohl Mitbestimmungsrechte als auch die Pflicht, sich am Ausbau von Frontex zu beteiligen. Folgerichtig beschloss das Parlament eine etappenweise Erhöhung des Schweizer Beitrags von heute jährlich 24 Mio. auf rund 61 Mio. Franken bis 2027. Gegen dieses Engagement hat ein linkes Bündnis nun das Referendum ergriffen, weil es den Frontex Einsatz an der EU-Aussengrenze kritisiert (Stichwort "pushback", welche aber illegal sind). Die Schweizer Bevölkerung stimmt am 15. Mai 2022 darüber ab.

Politische Beurteilung

Das Referendum darf nicht unterschätzt werden. Im Unterschied zur Schengen Abstimmung vom Mai 2019 anlässlich der Waffenrichtlinie (Ja-Anteil 63.7%), wurde das Referendum dieses Mal nicht von rechts, sondern von links ergriffen. Das bringt die Gefahr einer unheiligen Allianz und damit einer gefährlichen Überraschung am Abstimmungssonntag mit sich. Wichtig ist auch, den Kündigungsautomatismus zu betonen: Ein Nein zu Frontex ist ein Nein zu Schengen, auch wenn dies von den Gegnern bestritten wird.

Beurteilung Tourismusbranche

Die Tourismusbranche ist unmittelbar und aktiv vom Abstimmungsausgang betroffen. Als Schengen-Mitglied ist die Schweiz Teil des europäischen Visaverbunds. Mit einem Wegfall des Schengen-Abkommens würden jedoch diese Visa-Bestimmungen automatisch hinfällig und die Schweiz würde für nicht-europäische Touristen zur Visums-Insel. Weiter würde die Branche indirekt unter Grenzkontrollen leiden, welche wieder eingeführt werden müssten. Mittelfristig würde ein Nein die ohnehin schwierige Europapolitik der Schweiz weiter blockieren, was den Zugang zu Kundinnen und Kunden, Produkten und Fachkräften aus Europa nachhaltig stören oder gar gefährden würde. (ABP/RK/17.02.22)